



Länderfallstudie zur Krise

Russische Föderation

Diese Länderfallstudie ist eine der Studien, die im Rahmen des IVSS-Krisenmonitors durchgeführt wurden

Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit, Genf, 2010

DANKSAGUNG

Die Studie wurde unter der Verantwortung der IVSS-Beobachtungsstelle verfasst.

Vorbereitet wurde die Studie von Dmitri Karasyov.

Ian Orton war verantwortlich für das Projektmanagement.

Die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) ist die weltweit führende internationale Organisation, die nationale Verwaltungen und Träger der sozialen Sicherheit zusammenbringt. Die IVSS stellt Information, Forschung und Expertenwissen sowie Foren für die Mitglieder zur Förderung einer dynamischen sozialen Sicherheit auf internationaler Ebene bereit.

Die IVSS-Länderfallstudien sind Teil des IVSS-Projektes *Krisenmonitor*, das den Einfluss der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die soziale Sicherheit verfolgt und analysiert. Die Studien verwenden Daten und Forschungsergebnisse aus dem Zeitraum Juni 2009 bis Anfang 2010. Es wurde alles unternommen, um die Richtigkeit der Fallstudien sicherzustellen, doch die Lage in den einzelnen Ländern ändert sich ständig.

Die hier verwendeten Bezeichnungen, die der Praxis der Vereinten Nationen entsprechen, sind keinesfalls als Meinungsäußerung der IVSS zu verstehen zur rechtlichen Situation eines Landes, einer Region oder eines Territoriums oder deren Behörden, oder betreffend die Festlegung ihrer Grenzen.

Diese Fallstudie ist Teil einer Serie, die verfügbar ist unter: <http://www.issa.int/Ressourcen>. Die Nutzungsbedingungen sind auf der Website aufgeführt. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen nicht unbedingt jenen der IVSS oder ihrer Mitglieder.

IVSS-Fallstudie zur Krise: Russische Föderation

Zusammenfassung

Die Krise hatte schwerwiegende, aber keine vernichtenden Folgen für die Volkswirtschaft der Russischen Föderation. 2009 ging das nationale BIP um rund 8,7 Prozent zurück. Maßnahmen gegen die Krise geboten ihrer Ausweitung Einhalt und milderten die Auswirkungen auf die Bevölkerung.

Im Bereich des Sozialschutzes unternahm das Land 2008–2009 folgende wichtige Schritte: Alle Leistungen der sozialen Sicherheit wurden voll indiziert; die Rentenleistungen erhöhten sich um 46 Prozent, und die Ausgaben für diesen Bereich stiegen von 5 auf 10 Prozent des BIP; die Arbeitslosenleistungen erhöhten sich um 50 Prozent; gezielte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen wurden ausgebaut oder neu eingeführt; Maßnahmen zur Modernisierung der Gesundheitsversorgung und Verbesserung der medizinischen Behandlung und Dienstleistungen wurden umgesetzt.

Bemerkenswerterweise war das nationale System der sozialen Sicherheit von der Krise nicht ernsthaft betroffen, da die Leistungen der sozialen Sicherheit, die weitgehend vom Reservefonds und dem Nationalen Sozialfonds getragen wurden, welche die Regierung in den Vorjahren aufgebaut hatte, vom Staat garantiert wurden. In der Krise erwies sich das System der sozialen Sicherheit des Landes als wichtiger gesellschaftlicher Stabilisator, indem es die sozialen Spannungen minderte und den Konsum der Bevölkerung stützte.

Die Krise verdeutlichte jedoch die starke Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von den Öl- und Gaspreisen. Deshalb steht für die Regierung die Notwendigkeit einer Modernisierung und Diversifizierung sowie einer besseren Qualifikation der Arbeitskräfte an vorderster Stelle.

Hier betrachtete Institutionen der sozialen Sicherheit

Ministerium für Gesundheit und Sozialentwicklung; Pensionsfonds, Sozialversicherungsfonds sowie bundesstaatliche und regionale obligatorische Krankenversicherungsfonds.

Überblick über das System der sozialen Sicherheit

Das nationale System der sozialen Sicherheit ist ein komplexes System, das sich aus Sozialversicherung, Krankenversicherung, Sozialhilfe, Arbeitslosenleistungen und anderen Formen des Sozialschutzes zusammensetzt.

Finanzierung und Formen von Leistungen und Diensten der sozialen Sicherheit

Die Hauptfinanzierungsquellen der Leistungen der sozialen Sicherheit sind die Sozialversicherungsbeiträge sowie die Bundes- und Regionalhaushalte.

Die nationale Gesetzgebung sieht folgenden Schutz der sozialen Sicherheit vor: Erstattung der Ausgaben für die Gesundheitsversorgung in einer medizinischen Einrichtung; Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten, Krankenurlaub, Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, Beihilfen bei Schwangerschaft und Geburt, Kindergeld, Arbeitslosengeld, eine Pauschalleistung für Frauen, die ihre Schwangerschaft frühzeitig in einer medizinischen Einrichtung registrieren lassen, eine Pauschalleistung bei der Geburt, eine Leistung bei der Geburt des zweiten Kindes (Mutterschaftskapital), eine Bestattungsbeihilfe und die medizinische Behandlung in Kurorten und Sanatorien sowie die Gesundheitsvorsorge für Arbeitnehmer und deren Familienmitglieder.

Rentensystem

Es gibt 38.776.000 Rentner in Russland. Das System enthält noch Elemente des paternalistischen sowjetischen Wohlfahrtssystems wie die universelle Deckung, ein breites Spektrum von Vorruhestandsleistungen und ein niedriges Rentenalter -55 Jahre für Frauen und 60 Jahre für Männer.

Nach einer umfassenden Reform in den Jahren 2002 bis 2010 wird die obligatorische Säule des Rentensystems von einheitlichen Sozialversicherungsabgaben auf den Lohn (Beiträgen) in Höhe von 26 Prozent (wovon 20 Prozent die Renten finanzieren) finanziert, die von den Arbeitgebern für die Arbeitnehmer an den Staatshaushalt gezahlt werden. Die "Arbeitsrente" (eine einkommensbezogene Rente) setzt sich aus drei Elementen zusammen: aus einem pauschalen Grundbetrag, einem Anteil aus Versicherungen mit fiktiven Konten (*Notional defined contribution (NDC)*) und einem Anteil aus einem kapitalgedeckten Festbeitragssystem (DC). Letzteres deckt Arbeitnehmer ab, die nach 1966 geboren wurden, und wird von staatlichen oder nicht staatlichen (privaten) Trägern verwaltet. Es gibt auch eine freiwillige Rentensäule, die von einem "nicht staatlichen Pensionsfonds" (russische Terminologie) getragen wird.

Schutz vor Arbeitslosigkeit

Vor der Einführung einer einheitlichen Sozialsteuer im Jahre 2001 zahlten die Arbeitgeber 1,5 Prozent der Lohnsumme als Arbeitslosenversicherungsbeitrag an den Staatlichen Beschäftigungsfonds. Mit der Einführung der einheitlichen Sozialsteuer wurde die Arbeitslosenversicherung abgeschafft und der Staatliche Beschäftigungsfonds aufgelöst. Gegenwärtig werden die Arbeitslosenleistungen aus dem Staatshaushalt finanziert.

Auswirkungen der Krise

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

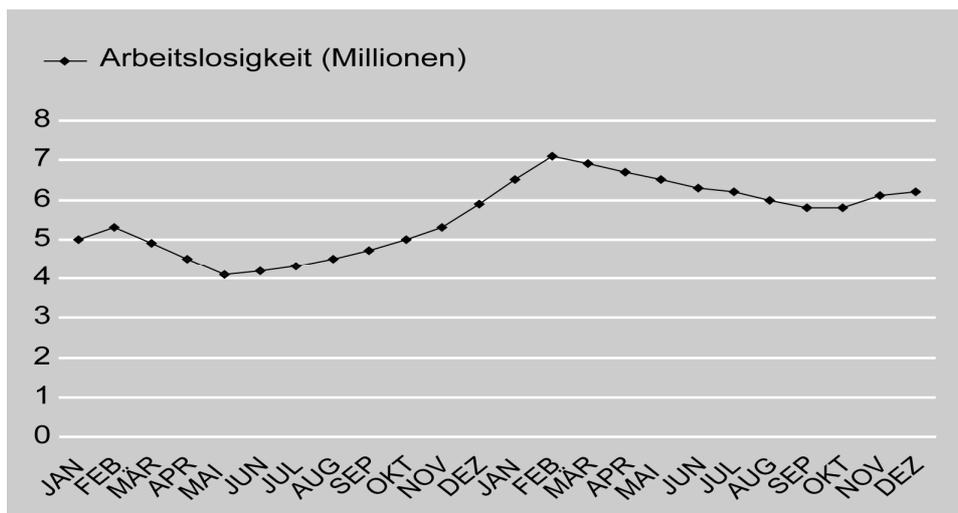
Die Hälfte des russischen Bundeshaushalts wird von Einnahmen aus den Öl- und Gasexporten gespeist. Nachdem die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem deutlichen Rückgang der Ölpreise im Jahre 2009 geführt hatte, litt die auf den Export von Energieressourcen ausgerichtete Wirtschaft erheblich.

2009 ging das nationale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um rund 8,7 Prozent zurück. Im gleichen Jahr fielen die Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 15,5 Prozent, die Industrieproduktion fiel um 16 Prozent, die Reallöhne sanken um 9,1 Prozent und das Steueraufkommen ging um 20 Prozent zurück. Die negativen Auswirkungen der weltweiten Krise auf die russische Wirtschaft wurden noch verschärft durch die unangemessene Entwicklung des Finanzsystems des Landes und der Klein- und Mittelbetriebe (KMB), die schlechte Wettbewerbsfähigkeit vieler herstellender Unternehmen sowie das aus den Zeiten der sowjetischen Kommandowirtschaft geerbte Problem jener Städte, die von einem einzigen Unternehmen abhängen.

Arbeitslosigkeit

Seit Oktober 2008 kam es im Zuge der Rezession in nationalen Schlüsselindustrien zu Entlassungen im Bausektor, der Metallwirtschaft, der Fahrzeugherstellung sowie im Investitions- und Bankensektor. So stieg die Arbeitslosenquote rasch an. Im Dezember 2009 waren der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge 6,2 Millionen Arbeitnehmer (8,2 Prozent) arbeitslos. Das Bundesamt für Statistik veröffentlichte, wie Schaubild 1 zeigt, ähnliche Zahlen.

Schaubild 1. Entwicklung der Arbeitslosigkeit, 2008–2009



Quelle: Bundesamt für Statistik (Russische Föderation).

Investitionsleistung des Rentensparsystems

Dem Landesverband der nicht staatlichen Pensionsfonds (LVNP) zufolge, hatten diese Pensionsfonds im Dezember 2008 rund 6,41 Millionen Mitglieder (das sind 10 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung). Die meisten Mitglieder sind im Rahmen einer Rentenpflichtversicherung versichert, die aus Beiträgen in Höhe von 6 Prozent der Lohnsumme finanziert wird (als Festbeitragsäule des staatlichen obligatorischen Rentensystems).

Die weltweite Finanzkrise beeinträchtigte die Investitionsleistung der Pensionsfonds im Jahre 2008 erheblich. Der Rückgang des Investitionseinkommens des staatlichen Versicherungsträgers (*Vnesheconombank*) lag bei USD 51,8 Millionen. Die diese Fonds verwaltenden Privatunternehmen (mit einer Ausnahme) erlitten erhebliche Verluste in ihren

Anlageportfolios. Die größeren Unternehmen und die meisten nicht staatlichen Pensionsfonds kompensierten die Verluste der Mitglieder durch Vermögenswerte, die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen bereitstanden. Der LVNP berichtet, dass die Pensionsfonds innerhalb von drei Jahren (2007-2009), in denen die Inflation um 37,9 Prozent zunahm, ihr Anlagevermögen im Schnitt um 31,2 Prozent erhöhen konnten.

Antworten auf die Krise

Staatliche Maßnahmen gegen die Krise in den Jahren 2008–2009

Um die negativen Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise aufzufangen, begann die Regierung im September 2008 mit der Umsetzung von Krisenmaßnahmen, die seither durch einen Aktionsplan und das Nationale Krisenprogramm für 2009 weiter ausgebaut wurden. Die Ausgaben im Staatshaushalt, die nicht in Verbindung zu den Programmprioritäten standen, wurden um USD 30 Milliarden gekürzt¹, während die in Zusammenhang mit dem Krisenprogramm stehenden Ausgaben um USD 43,9 Milliarden erhöht wurden. Um diese Ausgaben zu finanzieren, griff Russland nicht auf Auslandskredite zurück, sondern verwendete die reichlichen, aus den Öl- und Gaseinnahmen stammenden Mittel im Reservefonds und im Nationalen Sozialfonds².

Die umfassenden und gezielten Maßnahmen gegen die Krise wurden in Einklang mit sieben Programmprioritäten ergriffen:

- Einhaltung der staatlichen Verpflichtungen durch die Unterstützung von Bürgern und Familien, die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen waren, und die Förderung des Sozialschutzes.
- Schaffung von Rahmenbedingungen, welche die Effizienz der russischen Unternehmen verbessern.
- Anreize für die Inlandsnachfrage für russische Waren, um das Wirtschaftswachstum zu beleben.
- Anreize für Modernisierung und Strukturreformen der Wirtschaft.
- Schaffung eines das Wirtschaftswachstum begünstigenden Umfeldes.
- Schaffung eines starken Finanzsystems als verlässliche Grundlage für die Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes.
- Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität und Erhalt des Vertrauens der russischen und ausländischen Investoren.

¹ Der Wechselkurs lag zur Zeit der Redaktion dieses Beitrags bei 31,6 Rubel für einen US-Dollar (USD), (Juni 2010).

² Der Stabilisierungsfonds bestand am 1. Februar 2008 aus dem Nationalen Sozialfonds und dem Reservefonds. Der Nationale Sozialfonds ist ein Teil des Staatshaushalts, der speziell für die Deckung des Defizits des Pensionsfonds und Ausgaben im Bereich des freiwilligen Programms zur Mitfinanzierung des kapitalgedeckten Anteils der Renten vorgesehen ist.

Sozialschutz als Krisenreaktion

Die Unterstützung der Bürger hatte höchste Priorität im nationalen Programm zur Krisenbekämpfung. Die Modernisierung des Rentensystems, eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, Beschäftigungsförderung und Fortbildung waren die wichtigsten Sozialschutzmaßnahmen zur Bewältigung der Krise.

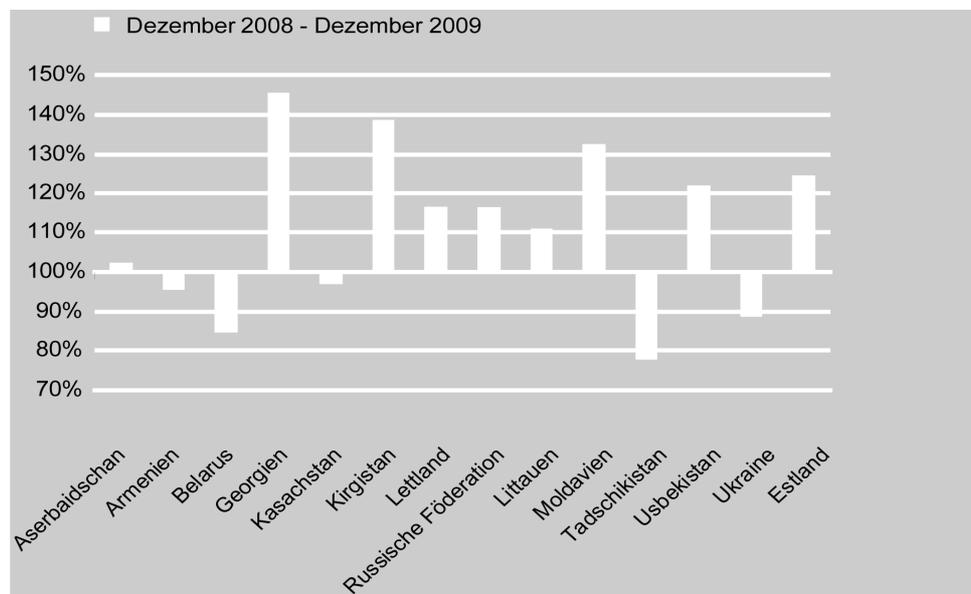
Erhöhung der Geldleistungen der sozialen Sicherheit

Um den staatlichen Verpflichtungen zu genügen (einschließlich der Löhne, Stipendien, medizinischen Versorgung und der Renten), wurden 2009 Mittel aus dem Staatshaushalt in Höhe von insgesamt USD 138,9 Milliarden bereitgestellt, das sind 30 Prozent mehr als 2008. Davon gingen immerhin USD 78,3 Milliarden an soziale Projekte und das Rentensystem, im Vergleich zu USD 59,6 Milliarden im Jahre 2008.

2009 wurden die bundesstaatlichen Sozialleistungen und Subventionen für den Sozialversicherungsfonds an der Inflationsrate indiziert. Dies betrifft vor allem das Kindergeld und das Mutterschaftskapital (eine bei der Geburt des zweiten Kindes fällige Leistung).

Eine Anhebung der durchschnittlichen Sozialrente auf das Existenzminimum wurde 2009 vorgenommen. Dazu trugen eine Erhöhung des Grundrentenanteils und eine 8,7-prozentige Anhebung bei, welche den Anstieg des KPI berücksichtigt. Es ist vorgesehen, die Durchschnittsrente zwischen 2009 und 2010 um 46 Prozent zu erhöhen, in Anerkennung der vor dem 1. Januar 2002 erworbenen Rentenansprüche plus einem Prozent für jedes Arbeitsjahr in sowjetischen Zeiten.

Schaubild 2. Entwicklung der Mindestrenten in den GUS-Ländern und baltischen Staaten von Dezember 2008 bis Dezember 2009 (in Prozenten)



Quelle: Internationale Vereinigung der Renten- und Sozialfonds.

Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung

Die im Staatshaushalt für die Gesundheitsversorgung Mittel, einschließlich der für die Förderung von Fitness und Sport vorgesehenen Mittel, stiegen von USD 8,9 Milliarden im Jahre 2008 auf USD 10,7 Milliarden im Jahre 2009.

Die 2006 begonnene Arbeit am Nationalen Gesundheitsprojekt wurde mit Schwerpunkt auf einer gesunden Lebensweise fortgeführt. Die 2008 lancierten Programme zur Behandlung von Herz- und Gefäßkrankheiten und erster Hilfe bei Verkehrsunfällen wurden fortgesetzt, rund 120 Blutspendestellen wurden ausgerüstet und eine einheitliche Spenderdatenbank geschaffen. Die Umsetzung der Programme zur besseren Behandlung von Krebs und Tuberkulose begann 2009.

Auch die Verbesserungen bei den Gesundheitsdiensten für Mutter und Kind gingen weiter. Die Regierung verschärfte die Preiskontrolle für Medikamente, einschließlich der obligatorischen Registrierung der Preisobergrenzen der Hersteller von grundlegenden und lebensrettenden Medikamenten. Es wurde eine zusätzliche Erhebung zum Gesundheitszustand der Arbeitnehmer durchgeführt, die in gefährlichen Produktionszweigen beschäftigt sind, um Krankheiten im Frühstadium zu erkennen.

Maßnahmen zur Arbeitslosenunterstützung und Rückkehr an den Arbeitsplatz

Die Obergrenze für das Arbeitslosengeld stieg seit Anfang 2009 um 50 Prozent. Personalabbau durch Unternehmensliquidation, Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen werden von der Regierung regelmäßig überprüft.

Eine weitere Priorität war die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der entlassenen Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt und die Umschulung auf Arbeitsplätze, für die eine stärkere Nachfrage besteht, oder deren Umsiedlung in Regionen, in denen die Nachfrage nach ihren Qualifikationen das Angebot übersteigt.

Der Staatshaushalt sieht zusätzliche USD 1,4 Milliarden für die Beschäftigungsförderung vor. Die Gebietskörperschaften der Russischen Föderation haben 82 Regionalprogramme zur präventiven Berufsausbildung verabschiedet, um Massenentlassungen zu verhindern, temporäre Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitsmigration zu steuern. Mit den Mitteln werden spezielle Maßnahmen zur Förderung von Kleinbetrieben und Selbstständigen finanziert.

Es war geplant, 173.000 Beschäftigten präventiv eine Berufsausbildung, Umschulung und Qualifikationsverbesserungen zu ermöglichen, 982.000 temporäre und in öffentlichen Arbeiten angesiedelte Stellen zu schaffen, 55.800 Unternehmen Finanzhilfen zu geben und Umsiedlungsbeihilfen für 15.000 Migranten zu gewähren.

Die Gesamtkosten für die Regionalprogramme überstiegen USD 795,6 Milliarden, bei einem Anteil der bundesstaatlichen Subventionen von 90 Prozent. Die Bundeshilfen für die Arbeitslosen- und Beschäftigungsprogramme erhöhten sich um USD 1,1 Milliarden, einschließlich der USD 948 Millionen zur Unterstützung von registrierten Arbeitslosen.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber waren besser als in der Vergangenheit über staatliche Beschäftigungsgarantien und die Arbeitsmarktlage in den jeweiligen Regionen informiert. Alle Gebietskörperschaften richteten Beschäftigungszentren und Telefonberatungsstellen ein.

Ein besonderes Gewicht kam der Aufrechterhaltung und der Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte zu. Eine der Voraussetzungen dafür, dass ein Unternehmen staatliche Unterstützung bekam, bestand darin, dass es Arbeitsplätze für Behinderte beibehielt und vorrangig Behinderte einstellte.

Unterstützung der Regionen und von Beziehern niedriger Einkommen

Gebietskörperschaften der Russischen Föderation, die ihren grundlegenden sozialen Verpflichtungen nicht selbstständig nachkommen konnten, erhielten Unterstützung. Das Gesamtvolumen der Sozialsubventionen stieg. Dazu gehörten Hilfen für gefährdete Bevölkerungsgruppen und Familien mit Kindern. Es wurden Beihilfen an Familien gewährt, die Pflegekinder aufgenommen haben, um sie dafür zu bezahlen und Miete und Energiekosten zu subventionieren. Die Bürger mit den niedrigsten Einkommen hatten bei diesen Subventionen Vorrang.

Während der Sozialschutz angesichts der wirtschaftlichen Rezession an Umfang und Bedeutung gewann, setzte sich die Regierung auch dafür ein, dass die sozialen Dienste besser und in angemessener Form erbracht werden. Insbesondere die elektronischen Dienstleistungen für die Bevölkerung wurden ausgebaut.

Lehren aus der Krise

Die erste Reihe von staatlichen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung sowie der Anstieg der Weltmarktpreise für fossile Brennstoffe und andere russische Exportgüter sowie die Wiederbelebung der Weltwirtschaft verbesserten die Lage auf dem Arbeitsmarkt und erleichterten die Stabilisierung im Agrarsektor. Der Rückgang der Jahresindustrieproduktion verlangsamte sich von 14,3 Prozent im ersten Quartal auf 5 Prozent im letzten Quartal des Jahres 2009. Die positiven wirtschaftlichen Veränderungen wurden von einer sinkenden Inflationsrate begleitet.

Die Maßnahmen gegen die Krise hielten die Arbeitslosigkeit in Schach, die Ende November 2009 bei 8,1 Prozent der Erwerbsbevölkerung lag, während sie Ende März 2009 noch bei 9,1 Prozent gelegen hatte.

Die positiven wirtschaftlichen Veränderungen des letzten Quartals 2009 zeigten, dass die russische Volkswirtschaft die akute Phase der Krise überwunden hat. Im März 2010 prognostizierte die Weltbank, dass die russische Wirtschaft 2010, getrieben von den gestiegenen Ölpreisen und der steigenden weltweiten Nachfrage, um 5,0 bis 5,5 Prozent wachsen wird. Die Weltbank erwartet, dass das konsolidierte Haushaltsdefizit 2010 bei 3 Prozent liegen wird – gegenüber 6,2 Prozent im Jahre 2009.

Allerdings sind diese positiven Trends in Russland nicht stabil. Dem Wirtschaftswachstum und der erhöhten Industrieproduktion in einigen Sektoren stand der Niedergang anderer Wirtschaftszweige gegenüber. Die Haupttriebkkräfte für ein stabiles Wachstum – Investitionen und Kredite – stagnierten weiterhin. Hier sind politische Anpassungen nötig, hin zu Maßnahmen, welche verschiedene Wirtschaftszweige unmittelbar in der Krise unterstützen.

Angesichts der ersten Ergebnisse und der aus ihnen zu ziehenden Lehren hat die Regierung das Nationale Programm zur Krisenbekämpfung für 2010 ausgearbeitet. Dieses soll den wirtschaftlichen Aufschwung stützen und das einsetzende Wirtschaftswachstum nachhaltig

machen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der sozialen Sicherheit als Stütze der Beschäftigung, zur Stärkung der Sozialhilfe und der Renten.

In ihrem Programm gegen die Krise für 2010 hat die Regierung folgende Sozialschutzmaßnahmen verabschiedet:

- Die Renten steigen ab 1. Januar 2010 erheblich durch die Einführung eines Valorisierungsmechanismus für die Berechnung der Rentenansprüche.
- Einführung einer neuen Form der gezielten Sozialhilfe: Nichterwerbstätige Rentner mit niedrigem Einkommen erhalten zusätzlich zu den Bundes- oder Regionalrenten eine Sozialprämie, um das Mindesteinkommen der Rentner in Einklang mit den Bestimmungen der jeweiligen Gebietskörperschaft der Russischen Föderation zu erhöhen.
- Sozialleistungen und -hilfen werden um 10 Prozent erhöht, um ihre Kaufkraft zu erhalten, was einer Erhöhung über der erwarteten Inflationsrate entspricht.
- Die Regierung wird Sozialverträge einführen, welche die gegenseitigen Pflichten der Empfänger gezielter Sozialhilfe und des Sozialversicherungsträgers regeln.
- Die Sozialhilfe wird effektiver; insbesondere die Programme des Hilfsfonds für bedürftige Kinder werden weiterlaufen, und effektive Mechanismen sollen die sozialen Projekte nicht gewinnorientierter Organisationen unterstützen.
- Die Umsetzung der Regionalprogramme soll die Arbeitssuche erleichtern und die Qualifikation der Arbeitnehmer durch Fortbildungsmaßnahmen für 146.200 Personen verbessern, Praktika für 85.300 Studienabgänger organisieren, Maßnahmen zur Schaffung von 1,4 Millionen neuen Stellen (einschließlich von 12.000 Arbeitsplätzen für Behinderte) einleiten und Hilfen zur Unternehmensgründung bereitstellen für 169.100 Personen. Für diese Zwecke stehen immerhin USD 1,2 Milliarden aus dem Staatshaushalt 2010 zur Verfügung.

Schlussfolgerungen

Die Krise hatte schwerwiegende, aber keine vernichtenden Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der Russischen Föderation. Es wurden Maßnahmen zur Krisenbekämpfung verabschiedet, welche die Ausweitung der Krise verhinderten und die Auswirkungen auf die Bevölkerung milderten.

Zusammenfassend wurden 2008 bis 2009 folgende Sozialschutzmaßnahmen ergriffen:

- Alle Leistungen der sozialen Sicherheit wurden voll indiziert.
- Die Rentenleistungen stiegen um 46 Prozent (die Ausgaben für Renten erhöhten sich von 5 auf 10 Prozent des BIP).
- Die Arbeitslosenleistungen stiegen um 50 Prozent.
- Es wurden gezielte Programme zur Aus- und Fortbildung bzw. Umschulung ausgebaut oder eingeführt.

- Es wurden Maßnahmen zur Modernisierung der Gesundheitsversorgung sowie zur Verbesserung der medizinischen Behandlung und Dienstleistungen umgesetzt.

Bemerkenswert ist, dass das nationale System der sozialen Sicherheit aufgrund der staatlichen Garantie der Leistungen der sozialen Sicherheit, die stark vom in den Vorjahren aufgebauten Reservefonds und dem Nationalen Sozialfonds getragen wurden, von der Krise nicht ernsthaft betroffen war. In der Krise verringerte das staatliche System der sozialen Sicherheit die sozialen Spannungen und förderte den Konsum der Bevölkerung: Auf diese Weise wurde es zu einem wichtigen gesellschaftlichen Stabilisierungsfaktor.

Die Krise unterstreicht jedoch die starke Abhängigkeit der russischen Volkswirtschaft von den Öl- und Gaspreisen. Dies dürfte, neben Verbesserungen des Qualifikationsniveaus der Arbeitnehmer, auf die Notwendigkeit einer Modernisierung und Diversifizierung hinweisen.

Quellen

GESS. Global Extension of Social Security. <http://www.socialsecurityextension.org>.

IAA. 2009. *The financial and economic crisis: A decent work response*. Genf, Internationales Arbeitsamt.

IAO. 2010. Internationale Arbeitsorganisation. http://www.ilo.org/public/libdoc/jobcrisis/download/statistics/20101/1-unemp_jan10.pdf.

IAPSF . International Association of Pension and Social Funds. <http://www.apsf.ru>.

Karasyov, D. 2009. *ISSA mission report*. Moscow. (Dezember 2009).

National anti-crisis programmes for 2009. http://eng.kremlin.ru/speeches/2009/12/24/1509_type82916_223548.shtml.

National anti-crisis programme for 2010. <http://premier.gov.ru/eng/anticrisis/3.html>.

Newsru.com. <http://www.newsru.com/finace/24mar2010/vsebank>.

NSPFG. 2009. *Sostoyanie sistemy NPF Rossii I osnovnie itogui deyatelnosti Analytical report* by the National Association of Non-State Pension Funds.

Promoting and developing social security worldwide
Promouvoir et développer la sécurité sociale à travers le monde
Promover y desarrollar la seguridad social en el mundo
Soziale Sicherheit weltweit fördern und entwickeln
Развиваем и поддерживаем социальное обеспечение во всем мире
دعم و تطوير الضمان الإجتماعي عبر العالم
促进和发展全球社会保障